

Rheinland-Pfalz



Staatskanzlei

Raumordnungsbericht 1977 der Landesregierung Rheinland-Pfalz





Raumordnungsbericht 1977

der Landesregierung Rheinland-Pfalz

Herausgegeben 1978
von der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz – Oberste Landesplanungsbehörde –, Mainz
Vervielfältigungen jeder Art, auch auszugsweise, sind nur mit Quellenangabe gestattet
Druck: Dr. Hanns Krach, Universitätsdruckerei und Verlag, Mainz
Kartographie: Dr. Otto C. Strecker KG, Pfungstadt

Vorwort

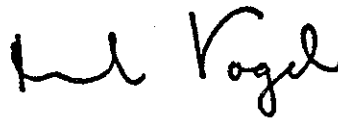
Mit dem Raumordnungsbericht 1977 unterrichtet die Landesregierung seit 1967 zum sechsten Mal den Landtag über die Raumordnungspolitik in Rheinland-Pfalz. Als Zeitraum für die Berichterstattung sind die beiden letzten Jahre zugrundegelegt.

Die Landesregierung möchte mit der Vorlage dieses Berichts dazu beitragen, die raumbedeutsamen Maßnahmen und Vorhaben, die ihnen zugrundeliegenden Rahmenbedingungen und die Entwicklungstendenzen überschaubarer zu machen. Dazu hat die Landesregierung im Raumordnungsbericht 1977 bewußt auf eine ausführliche Berichterstattung Wert gelegt, um die Entscheidungsgrundlagen des Landtags für die Landesentwicklung zu erweitern. Zudem soll der Bericht auch Orientierungshilfe für die Planungsträger sein, die an der Gestaltung unseres Landes – im privaten oder öffentlichen Bereich – mitwirken.

Der Raumordnungsbericht geht insbesondere in den Analysen der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung auf die veränderten Rahmenbedingungen für die Landesentwicklungsplanung ein. Mir erscheint gerade jetzt eine eingehende Diskussion über die Folgerungen, die sich daraus ergeben, erforderlich. Die Ergebnisse dieser Diskussion sollen im Landesentwicklungsprogramm, das derzeit von der obersten Landesplanungsbehörde neu aufgestellt wird, berücksichtigt werden.

Mainz, den 20. Dezember 1977

Der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz



Dr. Bernhard Vogel

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einführung	
1. Raumordnerische Bilanz	
1.1 Teilräumliche Struktur- und Entwicklungsunterschiede als raumordnerisches Grundproblem	1
1.2 Entwicklung der Gesamtstruktur	2
2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	
2.1 Bevölkerungsentwicklung	7
2.2 Langfristige Auswirkungen des Geburtenrückganges 1964–1976	10
2.3 Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit	14
2.4 Industrielle Entwicklung	17
2.5 Räumliche Ausprägung der Arbeitslosigkeit	21
2.6 Berufliche Bildung	23
3. Wirtschaftlicher Ausbau und Erschließung des Raumes	
3.1 Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	30
3.2 Ansätze zur Erfolgskontrolle der regionalen Strukturpolitik	33
3.3 Stärkung des Fremdenverkehrs	35
3.4 Strukturverbesserung der Land- und Forstwirtschaft	38
3.5 Verkehrserschließung	44
3.6 Energieversorgung und Rohstoffsicherung	57
3.7 Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung, Wasserversorgung	61
4. Ausbau der ortsbezogenen Infrastruktur	
4.1 Zentrale Orte, Städtebau und Wohnungswesen	65
4.2 Kulturelle Ausstattung	67
4.3 Soziale Ausstattung	73
4.4 Ergebnisse der Gebietsreform	78
5. Verbesserung der Umweltbedingungen	
5.1 Umweltschutz allgemein	80
5.2 Gewässerschutz, Abwasser- und Abfallbeseitigung	80
5.3 Immissions- und Strahlenschutz	83
5.4 Landespflege	85
6. Entwicklung der Raumordnung und Landesplanung	
6.1 Landesentwicklungsplanung	88
6.2 Regionalplanung	89

6.3 Planung in Nahbereichen	91
6.4 Raumordnerische Abstimmung	92
6.5 Raumforschung und Grundlagenplanung	92
6.6 Weiterentwicklung des Raumordnungsrechts	93
7. Raumordnerische Zusammenarbeit über die Landesgrenzen	
7.1 Europäische Raumordnung	96
7.2 Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten	96
7.3 Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern	98
7.4 Zusammenarbeit mit den Nachbarländern	99
8. Anhang	
8.1 Tabellen Nr. 1, 2, 9, 10, 11, 14, 21 und 23	103–110
8.2 Zusammenstellung der größeren Untersuchungen und Veröffentlichungen	111
8.3 Entschlüsse der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO)	112
Verzeichnis der Mittelbereiche	

Verzeichnis der Karten

77

Karten-Nr.	nach Seite	
1	Strukturgefälle als raumordnerisches Grundproblem	2
2	Attraktivitätsunterschiede in den Mittelbereichen	2
3	Geburtenhäufigkeit 1976 nach Kreisen	8
4	Geburten- und Sterbeüberschuß 1976 nach Kreisen	8
5	Bevölkerungsveränderung in den Mittelbereichen 1974-1977	8
6	Bevölkerungsdichte in den Mittelbereichen am 1. 1. 1977	8
7	Wanderung nach Gemeinden 1974-1976	10
8	Bruttoinlandsprodukt 1974	16
9	Industriedichte 1976 und Veränderung 1973-1976	20
10	Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1968-1975	22
11	Arbeitslosigkeit 1967-1976	24
12	Arbeitslosenquote Januar 1977 und Juni 1977 nach Arbeitsamtsbezirken	24
13	Berufsschulen	26
14	Berufsbildende Schulen - Weiterführende Bildungsgänge	26
15	Überbetriebliche Ausbildungsstätten	28
16	Fördergebiete und geförderte Arbeitsplätze vom 1. Juli 1975 - 30. Juni 1977	32
17	Infrastrukturinvestitionen im Fremdenverkehr durch staatliche Förderung 1969-1976	38
18	Verbreitung und Flächenanteil der landwirtschaftlichen Betriebe	40
19	Straßennetz, größere Straßenbaumaßnahmen 1976/1977	46
20	Erreichbarkeit der Oberzentren	52
21	Eisenbahnnetz	54
22	Belastung der Bundesbahnstrecken 1977	54
23	Saarausbau	56
24	Ausbau der Fernwasserversorgung	64
25	Sozialstationen	76
26	Heime der Altenpflege	78
27	Grenzüberschreitende Raumplanung	101

Verzeichnis der Abbildungen

1	Industrielle Arbeitsplätze in den Regionen – Veränderung 1970–1976 in v.H. – . . .	5
2	Gestorbenenüberschuß in Rheinland-Pfalz bis 1990	9
3	Entwicklung des Erwerbspotentials bis 1990	10
4	Langfristige Bevölkerungsveränderung	12
5	Altersaufbau 1976, 2000, 2030, 2075 der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz bei gleichbleibender Geburtenhäufigkeit	13
6	Beschäftigtenrückgang 1973–1976 in der Industrie und im Bauhauptgewerbe	19
7	Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Abwanderung	24
8	Entwicklung des Fremdenverkehrs in den Gemeindegruppen und Fremdenverkehrsgebieten 1974–1976.	36
9	Schwerpunkte des Autobahnbaus 1976/1977	45
10	Belastung der Autobahn A 61 von 1970–1977	47

Verzeichnis der Tabellen

1	Bevölkerungsentwicklung 1975 und 1976 nach Kreisen	103
2	Bevölkerungsentwicklung 1975 und 1976 in den Regionen und zentralen Orten	105
3	Wanderungssaldo 1970–1973 und 1974–1976 in Abhängigkeit von der Raumstruktur	8
4	Langfristige Entwicklung der Wohnbevölkerung bei konstanter Geburtenhäufigkeit	12
5	Ergebnisse der 5. Koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung der Deutschen für das Bundesgebiet 1975–2070	14
6	Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und je Einwohner 1976 in den Flächenländern	15
7	Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung in den Regionen 1974	16
8	Beschäftigte in der Industrie in Bund und Ländern 1976	18
9	Beschäftigte sowie Lohn- und Gehaltssumme in der Industrie 1976 nach Kreisen	105
10	Beschäftigtenentwicklung in der Industrie 1970–1976 und 1973–1976 nach Kreisen	106
11	Industriedichte in den Mittelbereichen 1976, Veränderung 1973–1976	107
12	Entwicklung der Arbeitslosenquote 1975–1977 in den Arbeitsamtsbezirken	21
13	Frauenarbeitslosigkeit 1975–1977 in den Arbeitsamtsbezirken	22
14	Statistischer Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote und Wanderungssaldo	108
15	Das betriebliche Ausbildungsangebot 1976 in den Arbeitsamtsbezirken	28
16	Branchengliederung der überbetrieblichen Werkstattplätze	29
17	Förderung von Arbeitsplätzen in den regionalen Aktionsprogrammen	31
18	Abstände der Arbeitslosenquote zum Bundesdurchschnitt in den Fördergebieten	35
19	Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe 1974, 1977	38
20	Standardbetriebseinkommen der landwirtschaftlichen Betriebe im Wirtschaftsjahr 1974/1975	39
21	Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur 1975–1977	109
22	Bodenordnungsmaßnahmen 1975 und 1976	40
23	Einzelbetriebliche Förderung in der Landwirtschaft 1975, 1976	110
24	Containerumschlag 1974–1976	54
25	Häfen mit einem Umschlag von mehr als 1 Mio t	57
26	Fläche und Einwohner der fünf Regionen	94

Einführung

Die Landesregierung legt mit dem Raumordnungsbericht 1977 den sechsten gemäß § 17 des Landesgesetzes für Raumordnung und Landesplanung (Landesplanungsgesetz) zu erstellenden Bericht vor. Er gibt wiederum einen Überblick über

die auf die räumliche Entwicklung des Landes einwirkenden Tatsachen und Entwicklungstendenzen

und

die zur räumlichen Entwicklung durchgeführten Maßnahmen.

Anschließend an den fünften Raumordnungsbericht wird der Zeitraum vom 1. Juli 1975 bis 30. Juni 1977 erfaßt. Soweit für einzelne raumbedeutsame Sachverhalte die verfügbaren Daten nicht diesen Zeitraum abdecken, wird auf die jeweils neuesten Daten abgehoben. Zum besseren Verständnis einzelner Zusammenhänge sind auch längerfristige Betrachtungen vorgenommen worden.

Die ungünstige wirtschaftliche Gesamtentwicklung im Bundesgebiet mit der größten Rezession der Nachkriegszeit hatte zu Beginn des Berichtszeitraums ihren Tiefpunkt erreicht. Dies hat sich in den Bereichen, die von der Konjunktorentwicklung besonders abhängig sind, notwendigerweise stärker ausgewirkt. Der Raumordnungsbericht läßt auch diese Entwicklungen deutlich werden. Als Schwerpunkte enthält der Raumordnungsbericht Analysen zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung, zur Beschäftigtenentwicklung in der Industrie sowie zur Arbeitsmarktsituation. Dabei ist auf möglichst differenzierte Aussagen für die einzelnen Landesteile (zentralörtliche Verflechtungsbereiche, Kreise, Arbeitsamtsbezirke u.a.) Wert gelegt worden.

Vorangestellt wird in Kapitel 1 (gelber Teil) ein zusammenfassender Überblick über die raumordnerische Problematik, über die veränderten Rahmenbedingungen für die Landesentwicklung und über wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der Raumstruktur.

1. Raumordnerische Bilanz

1.1 Teilräumliche Struktur- und Entwicklungsunterschiede als raumordnerisches Grundproblem

Das übergeordnete Ziel der Raumordnungspolitik der Landesregierung ist es, eine räumliche Ordnung zu schaffen, die den Bürgern in allen Landesteilen gleichwertige Lebensverhältnisse bietet. Gleichwertigkeit kann dabei nicht bedeuten, überall gleiche und uniforme Lebensbedingungen zu haben. Vielmehr müssen die raumordnungspolitischen Bemühungen darauf abzielen, **Gleichwertige Lebensverhältnisse**

- daß der Bürger dieses Landes seine individuellen Lebensansprüche im Rahmen der sozialen Ordnung in den verschiedenen Lebensbereichen **umfassend** und **unter zumutbarem Zeitaufwand** erfüllen kann,
- daß die dafür benötigten Einrichtungen und Arbeitsplätze in ausreichendem Maße verfügbar sind und
- daß sich das menschliche Zusammenleben unter gesunden Umweltbedingungen vollziehen kann.

Für die Landesentwicklungspolitik stellen daher die noch bestehenden räumlichen Struktur- und Entwicklungsunterschiede, soweit sie die Chancengerechtigkeit für die Bürger in einzelnen Landesteilen beeinträchtigen, das raumordnerische Grundproblem dar. Dazu sollen die **ländlichen Räume** insbesondere durch Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze und eines gehobenen Infrastrukturangebots **in ihrer Attraktivität gestärkt werden**, damit sie die Kraft zu einem eigenständigen Wachstum aufbringen. Die **Verringerung der regionalen Ungleichgewichte soll außerdem verhindern, daß die Entwicklung in den Verdichtungsräumen zu Überlastungen** und damit zu Beeinträchtigungen der Lebensbedingungen führt.

Die **Unterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsstand**¹⁾ zwischen einzelnen Landesteilen zeigt die Karte 1 für die Verflechtungsbereiche der Mittel- und Oberzentren auf. Danach hat nicht nur der wirtschaftliche Aktivraum des Rheingrabens mit den Ausnahmen der Räume Worms und Boppard, sondern auch der größere Teil des Westerwaldes eine relativ günstige Struktur. Der überwiegend dünn besiedelte Westen des Landes bildet einen zusammenhängenden Großraum mit einer am Landesdurchschnitt gemessen schwachen Gesamtstruktur. **Räumliche Disparitäten**

Der größte Raum mit besonderer Strukturschwäche liegt im Bereich von Westeifel, Mittelmosel, Hunsrück und Saar. Er bildet einen Ring um die Zentren Trier und Wittlich. Besondere Strukturschwächen weisen außerdem der Norden der Region Westpfalz sowie der Mittelbereich Dahn auf.

Die vorstehende Analyse beruht auf einer zusammenfassenden Bewertung folgender vier Indikatorengruppen: Arbeitssituation, wirtschaftliche Leistungskraft, Einkommensniveau und Wanderungsbilanz. Die Indikatorengruppen werden jeweils durch zwei bis drei Einzelindikatoren erfaßt (Beispiel Arbeitsmarkt: Arbeitslosenquote im September, Arbeitslosenquote im Februar, geschätzte Arbeitskraftreserven).

¹⁾ vgl. auch Raumordnungsbericht 1975 der Landesregierung, Karte 2

Eine getrennte Betrachtung der langfristigen Wanderungsbilanz für den Zeitraum von 1961 bis 1976 – die Wanderungsentscheidungen der Bevölkerung stellen einen umfassenden Maßstab für die Attraktivität eines Teilraumes dar – bestätigt im wesentlichen die Ergebnisse der obigen Strukturanalyse (vgl. Karte 2). Im einzelnen ergeben sich aber nicht unwesentliche Abweichungen; so haben die Mittelbereiche Mayen, Diez, Boppard, Kaiserslautern und Bad Bergzabern, die erhebliche Strukturschwäche aufweisen, eine langfristig positive Wanderungsbilanz.

Seit 1974 keine Zunahme der Ballung

Für die Landesentwicklungspolitik ist es von entscheidender Bedeutung, ob die veränderten Rahmenbedingungen vor allem im Bereich der Bevölkerungsentwicklung und des wirtschaftlichen Wachstums zu einer Verschärfung der bestehenden Disparitäten zwischen den Verdichtungsräumen und den ländlichen Räumen geführt haben. Nach verbreiteter wissenschaftlicher Auffassung führt nämlich ein Rückgang der Gesamtbevölkerung und des Wirtschaftswachstums zu einer verstärkten Sogwirkung der Verdichtungsräume. In Rheinland-Pfalz läßt sich diese These für den Zeitraum 1974–1976 nicht bestätigen. In dem genannten Dreijahreszeitraum ist in Rheinland-Pfalz **keine Zunahme der Ballung** eingetreten, während in den vorausgegangenen Jahren der Hochkonjunktur (1970–1973) noch die Tendenz zur Bevölkerungskonzentration in den Verdichtungsräumen und ihren Randzonen deutlich erkennbar war (vgl. im einzelnen Kap. 2.1, Tabelle 3) ¹⁾.

Diese auf dem Hintergrund jahrzehntelanger Konzentrationstendenzen in den Verdichtungsräumen überraschend ausgewogene Bevölkerungsentwicklung seit 1974 in den unterschiedlich strukturierten Landesteilen ist wohl auf zwei sich überlagernde Ursachenkomplexe zurückzuführen:

Zum einen haben die Verdichtungsräume seit 1974 auch erhebliche Arbeitsmarktprobleme zu bewältigen, die in dieser Größenordnung vorher nur in den strukturschwachen Gebieten bestanden. Zum anderen scheint der hohe Wohn- und Freizeitwert des ländlichen Raumes die verbleibende Sogwirkung der Verdichtungsräume annähernd kompensiert zu haben.

Dem Bedürfnis nach „grüner“ Umgebung, Garten, großer Wohnfläche, Freizügigkeit im Wohnverhalten wird am ehesten das Ein- oder Zweifamilien- oder das Reihenhauses gerecht, damit wird das Hauseigentum zugleich als langfristig günstige Wohnmöglichkeit angesehen. Das aber ist die weit verbreitete Wohnform des ländlichen Raumes. Dort lassen sich diese Wohnwünsche – auch wegen niedrigerer Grundstückspreise – leichter realisieren als in den Verdichtungsräumen, wie folgender Vergleich zeigt: In den Oberzentren und den Verdichtungsräumen des Landes lag der Anteil der Wohngebäude mit ein und zwei Wohnungen 1975 um rd. 50 % unter dem Anteil in den übrigen Landesteilen.

Meinungsumfragen bestätigen, daß die Abneigung gegen das Wohnen in der Großstadt seit 1970 stark zugenommen hat, wengleich gesehen werden muß, daß diese Haltung vor allem zu einer Abwanderung in die Randzonen um die Verdichtungsräume führt und nur bei den nicht primär arbeitsplatzorientierten Bevölkerungsschichten auch zu einer Wanderung in den ländlichen Raum.²⁾

1.2 Entwicklung der Gesamtstruktur

Bevölkerung

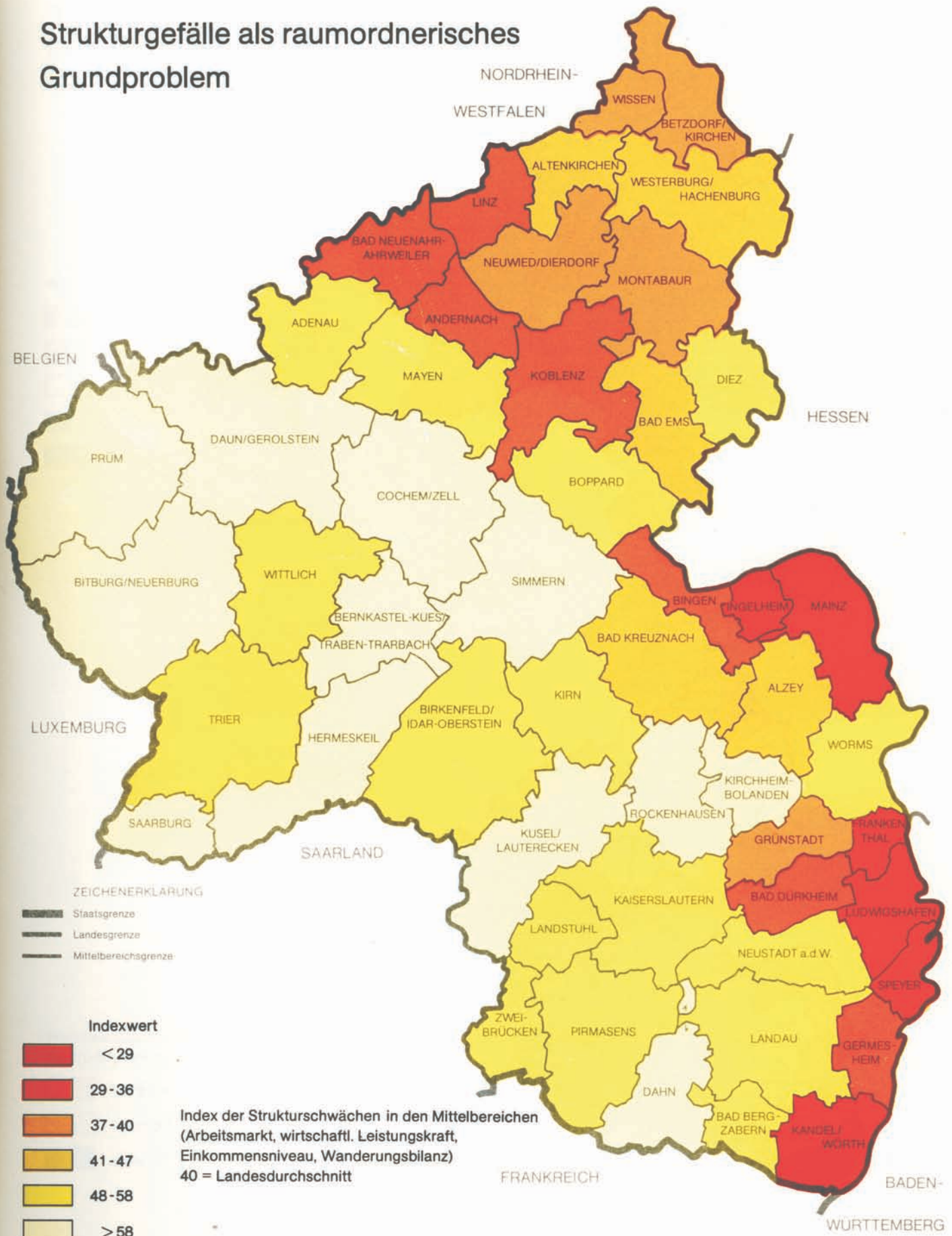
Die Bevölkerungsentwicklung stellt sowohl langfristig wie auch mittel- und kurzfristig eine entscheidende Rahmenbedingung für die Landesentwicklung dar. Während der Rückgang der Gesamtbevölkerung erst nach Jahrzehnten größere Auswirkungen auf die Raumstruktur des Landes haben dürfte, wirken sich Verschiebungen in der Altersstruktur auf die kulturelle und soziale Infrastruktur wie auch auf das erforderliche Arbeitsplatzangebot schon in kurzen und mittleren Zeitabständen aus.

¹⁾ s. auch Raumordnungsbericht 1975, S. 4

²⁾ vgl. im einzelnen zur Bewegung in die Randzonen der Verdichtungsräume Kap. 2.1

RHEINLAND-PFALZ

Strukturgefälle als raumordnerisches Grundproblem



ZEICHENERKLÄRUNG

- Staatsgrenze
- Landesgrenze
- Mittelbereichsgrenze

Indexwert

- < 29
- 29-36
- 37-40
- 41-47
- 48-58
- > 58

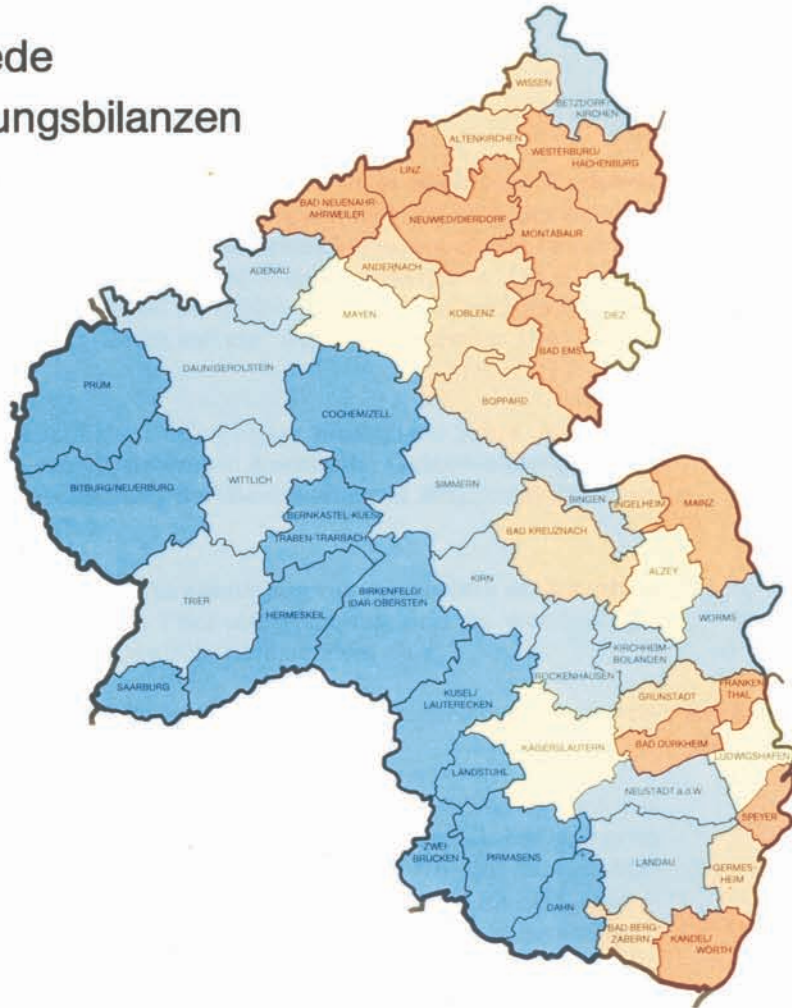
Index der Strukturschwächen in den Mittelbereichen
(Arbeitsmarkt, wirtschaftl. Leistungskraft,
Einkommensniveau, Wanderungsbilanz)
40 = Landesdurchschnitt



Attraktivitätsunterschiede aufgrund von Wanderungsbilanzen in den Mittelbereichen

Wanderungssaldo 1961-1976 a.T. Einw.

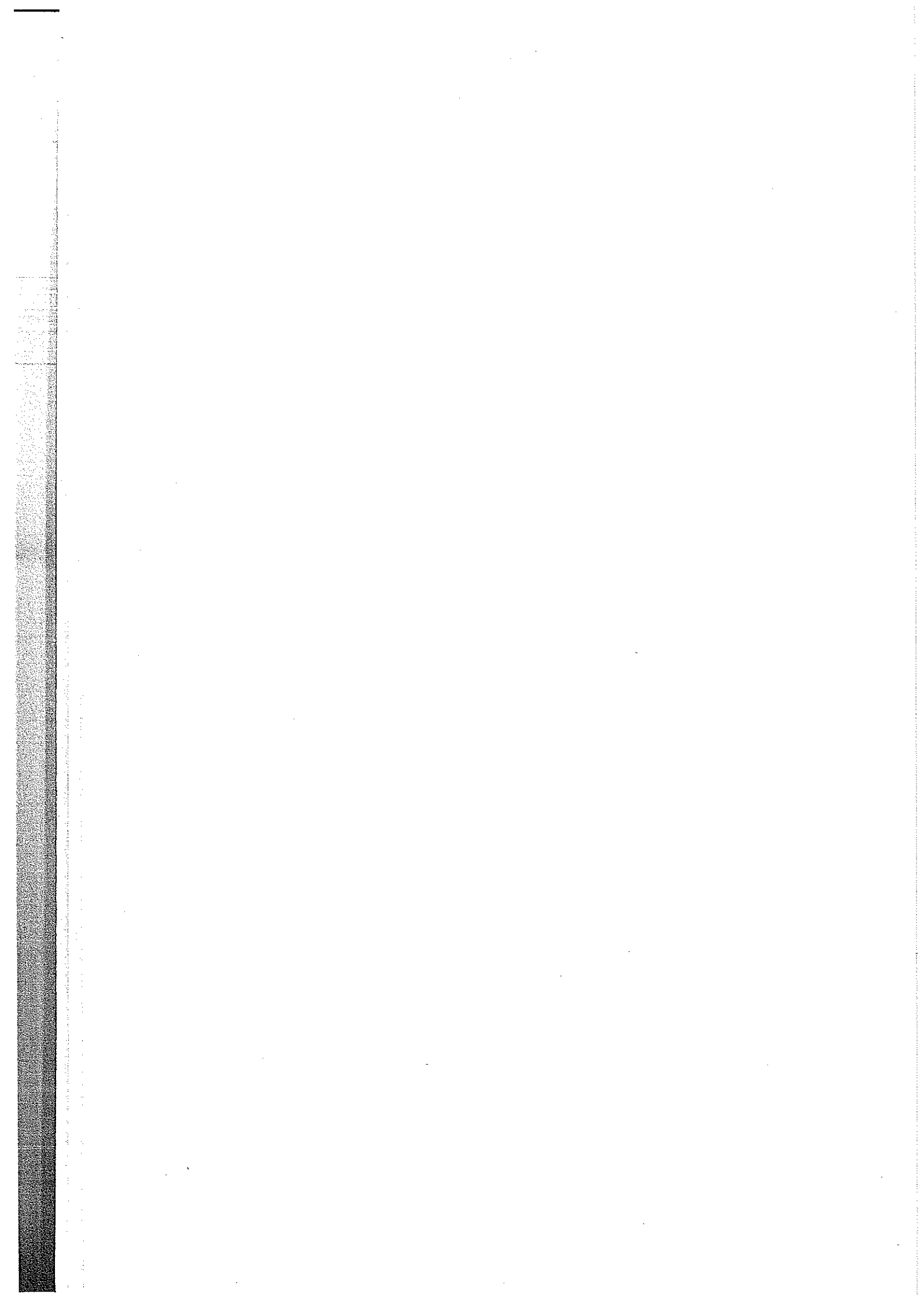
- mehr als 100
- 39 bis 100
- 0 bis 38
- 40 bis 0
- unter -40



Wanderungssaldo 1972 - 1976
der 21-45 jährigen je 1000 Einw.

- mehr als 5
- 5 bis +5
- unter -5





Die **Bevölkerungsentwicklung** war in den Jahren 1975 und 1976 in **allen fünf Regionen rückläufig** und entsprach mit einer Abnahme von 39 065 Personen (1,1 %) etwa der bundesdurchschnittlichen Entwicklung. Der Rückgang ist fast zu gleichen Teilen auf ein sehr niedriges Geburtenniveau (20 728 Gestorbenenüberschuß) und auf Wanderungsverluste (18 337) zurückzuführen. Der Gestorbenenüberschuß von 4 364 im 1. Halbjahr 1977 hielt sich im Rahmen dieser Entwicklung: dagegen war in diesem Zeitraum ein Wanderungsgewinn von 110 zu verzeichnen.

Im Berichtszeitraum hatte die Geburtenhäufigkeit ihren bisher niedrigsten Stand überhaupt. Auf der Grundlage des Geburtenniveaus von 1976 wäre ein **Anstieg der Geburtenhäufigkeit um etwa 47 % für eine langfristige Bestandserhaltung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz** bei ausgeglichenem Wanderungssaldo erforderlich.

Die **Wanderungsverluste sind zu über 70 % auf die Abwanderung von Ausländern zurückzuführen**. Lediglich in den strukturschwachen Regionen Trier und Westpfalz sind die Wanderungsverluste überwiegend durch die Abwanderung Deutscher entstanden.

Die rückläufige Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz wird im Rahmen der bundesweiten Entwicklung voraussichtlich auch künftig anhalten.

**Bevölkerungs-
prognose**

Trotz eines Rückgangs der Gesamtbevölkerung – bis 1985 auf etwa 3,4 Mio – wird das **Erwerbspotential** (d.h. die Zahl der zu erwartenden Arbeitswilligen ohne Berücksichtigung von Wanderungen) bis 1986 um etwa 90 000 Menschen von rd. 1,56 Mio (1976) auf ca. 1,65 Mio Menschen anwachsen. Danach wird das Erwerbspotential wieder abnehmen. Um die Größenordnung des zu bewältigenden Problems zu erfassen, ist dieser Zuwachs im Zusammenhang zu sehen mit dem weiteren Rückgang landwirtschaftlicher Arbeitsplätze und dem Strukturwandel in der Industrie. Das Eintreten geburtenstarker Jahrgänge in das erwerbsfähige Alter erfordert daher große politische Anstrengungen zur Schaffung ausreichender Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Die Aufgabe, die Vielzahl dieser jungen Menschen in das Berufsleben unseres Landes voll zu integrieren, ist zugleich aber auch eine große Chance für die Zukunft von Rheinland-Pfalz, denn mit ihrem zusätzlichen Beitrag zur Gesamtleistung des Landes werden sie die Lebensbedingungen für alle Bürger weiter verbessern.

Problematischer für die Zukunft unseres Landes sind die langfristigen Wirkungen der bereits erwähnten Veränderung im generativen Verhalten der Bevölkerung. Schon in etwa zwei Jahrzehnten wird sich der Bevölkerungsrückgang aufgrund der bisher eingetretenen Halbierung der Geburten verstärken und die Altersstruktur ungünstig beeinflussen. Ein längeres Anhalten dieser Entwicklung würde neben schwerwiegenden sozialen Problemen auch zusätzliche raumordnerische Probleme schaffen. Es gilt daher, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dafür, Kinder zu haben und aufzuziehen, zu verbessern.

Die **Arbeitslosigkeit** ist in der ersten Hälfte des Berichtszeitraums in allen Arbeitsamtsbezirken des Landes **zurückgegangen**, im Land insgesamt von 4,8 % (Juni 1975) auf 4,0 % (Juni 1976). Sie ist in der zweiten Hälfte des Berichtszeitraums – von saisonalen Schwankungen abgesehen – gleich hoch geblieben (4 % Juni 1977).¹⁾

**Arbeitsmarkt-
situation**

Der Rückgang der Gesamtarbeitslosigkeit resultiert aus einem **überdurchschnittlichen Rückgang der Männerarbeitslosigkeit** um über 38 %, in der Westpfalz sogar um über 50 % und einer **erheblichen Zunahme der Frauenarbeitslosigkeit**, von der die Arbeitsamtsbezirke Mainz (+ 1022; 41 %), Trier (+ 722; + 35 %) und Koblenz (+ 468; 41 %) besonders betroffen sind. Dabei stieg die **weibliche Jugendarbeitslosigkeit** (+ 27 %) im Vergleich zur Frauenarbeitslosigkeit insgesamt (+ 16 %) überproportional an.

¹⁾ vgl. Kap. 2.5

Wie problematisch es ist, aus der Vergangenheitsentwicklung der Arbeitslosigkeit Aussagen über die zukünftige Arbeitsmarktsituation in Teilräumen zu gewinnen, sei am Beispiel des Arbeitsamtsbezirks Kaiserslautern verdeutlicht:

Dieser Bezirk wies bei einem längerfristigen Vergleich vom Rezessionsjahr 1967 bis zum Jahr 1976 die höchste Zunahme der Arbeitslosenquote unter allen Arbeitsamtsbezirken des Landes auf (1967: 2,7 %; 1976: 6,3 %). Im Berichtszeitraum (Mitte 1975 bis Mitte 1977) hatte der Arbeitsamtsbezirk Kaiserslautern die zweithöchste Abnahme der Arbeitslosenquote von 7,0 % auf 4,5 %.

In einem engen statistischen Zusammenhang mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit stand in den Jahren 1970–1976 die Zu- und Abwanderung in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken mit der allerdings wichtigen Ausnahme des Regierungsbezirks Trier.

Wirtschaftskraft (BIP)

Bedingt durch die härteste Rezession der Nachkriegszeit, die ihren Höhepunkt im Jahre 1975 hatte, betrug das reale Wirtschaftswachstum in Rheinland-Pfalz im Zeitraum 1974–1976 2,3 % gegenüber 2,8 % im Bundesgebiet insgesamt.¹⁾ **Die Produktivität der rheinland-pfälzischen Wirtschaft ist die dritthöchste unter den Flächenländern des Bundesgebiets.** Das reale²⁾ Bruttoinlandsprodukt von 31 200 DM je Erwerbstätigen gegenüber 31 470 DM im Bundesdurchschnitt zeigt die gute Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie, die eine entscheidende Grundlage für die Bewältigung der strukturellen Arbeitsmarktprobleme darstellt. In der Produktivitätsentwicklung seit 1960 rangiert Rheinland-Pfalz (+ 122 %) deutlich an der Spitze aller Bundesländer (Bundesgebiet + 91 %).

Industriebeschäftigung

Die Zahl der Industriebeschäftigten³⁾ hat in Rheinland-Pfalz im Zeitraum 1973–1976 um ca. 40 000 – d. h. 9,6 % – abgenommen. Im Bundesdurchschnitt sind die Verluste noch höher (– 917 000 = – 10,6 %).

Besonders betroffen war in Rheinland-Pfalz die Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie (– 10 317 = – 19 %) und die Industrie der Steine und Erden (– 6 721 = – 15,7 %). Hinzu kommt noch ein Verlust von 17 600 Arbeitsplätzen (= – 19,7 %) im Bauhauptgewerbe.

Die regionale Entwicklung der Industriebeschäftigten war sehr unterschiedlich und, bezogen auf den Zeitraum 1970–1976, zum Teil sogar gegensätzlich (vgl. Abb. 1).

Die Entwicklung in der Region Rheinhessen-Nahe entspricht etwa der bundesdurchschnittlichen Entwicklung. Die Regionen Mittelrhein-Westerwald und Rheinpfalz mußten ebenfalls erhebliche Arbeitsplatzverluste hinnehmen, die allerdings gemessen am Bundesdurchschnitt deutlich kleiner waren. Die gegensätzlichste Entwicklung erfolgte in den beiden strukturschwachen Regionen Trier und Westpfalz. **Die Zunahme der Zahl der Industriebeschäftigten in der Region Trier entgegen dem allgemeinen Trend** im Bundesgebiet insgesamt muß als Erfolg der staatlichen Strukturpolitik angesehen werden. Die überdurchschnittlichen Verluste der nach denselben Richtlinien geförderten Region Westpfalz zeigen zugleich die Grenzen der Wirksamkeit der regionalen Wirtschaftsförderung in Gebieten mit großen sektoralen Strukturproblemen.

Regionale Wirtschaftsförderung

Im Berichtszeitraum wurde durch staatliche Finanzierungshilfen die Grundlage für die Schaffung von 7 855 Arbeitsplätzen gelegt. Von 1969 bis zum 30. 6. 1977 wurde die Schaffung von über 69 000 Arbeitsplätzen gefördert. **Besonders die vor dem Konjunkturrückschlag erzielten Verbesserungen der Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur haben dazu beigetragen, daß die Be-**

¹⁾ vgl. Kap. 2.3

²⁾ in Preisen von 1970

³⁾ alle Betriebe, vgl. auch Tab. 10 im Anhang

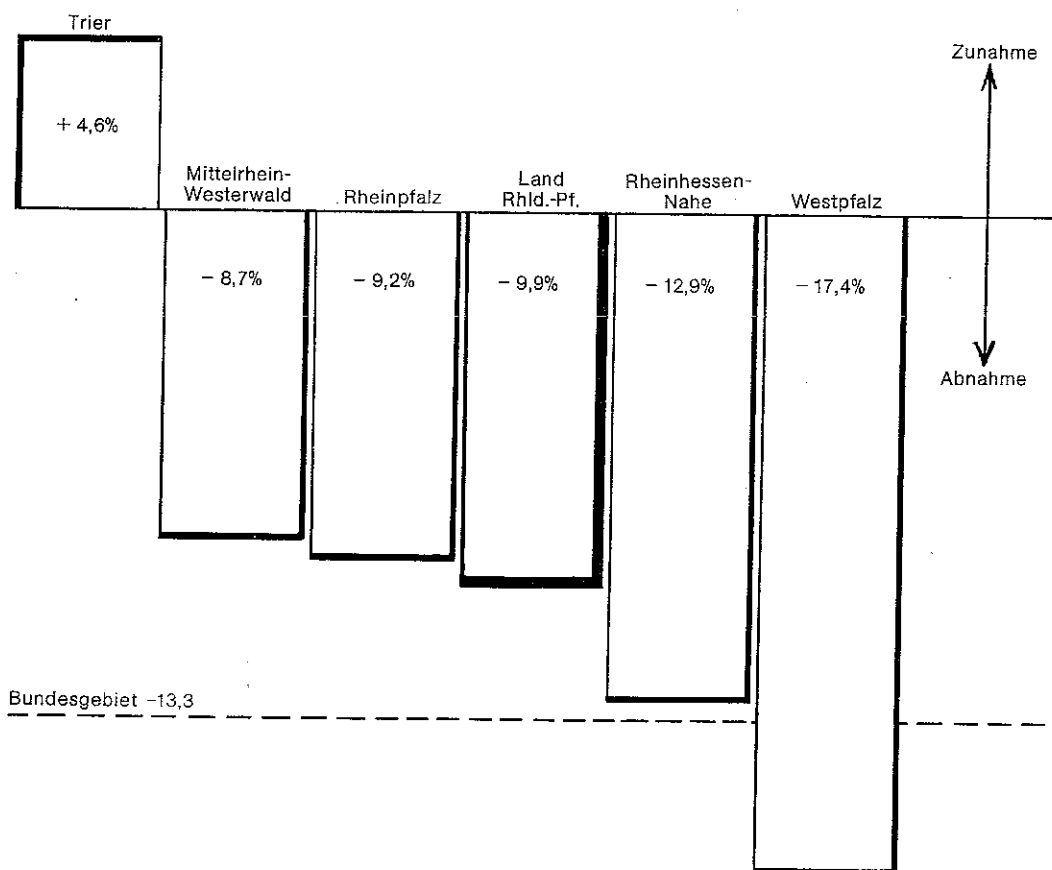


Abb. 1: Industrielle Arbeitsplätze in den Regionen (Veränderung 1970-76 in v. Hundert)

schäftigungseinbrüche in den wirtschaftsschwachen Gebieten des Landes während der Rezession nicht noch schwerer waren.

Dazu haben auch die mit staatlichen Finanzierungshilfen erfolgten **Investitionen im Fremdenverkehr** beigetragen. Das 1975 und 1976 geförderte Investitionsvolumen betrug 260 Mio DM im gewerblichen Fremdenverkehr, und 58 Mio DM im Bereich der Fremdenverkehrsinfrastruktur.

Die besondere Förderung der strukturschwachen Landesteile erfolgte weiterhin durch umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur, für die in den Jahren 1975 und 1976 rd. 400 Mio DM aufgewendet wurden. ¹⁾

Verbesserung der Agrarstruktur

Für die Verbesserung der Raumstruktur des Landes waren der weitere **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur** und die Investitionen im Bereich der **Wasserwirtschaft** von besonderer Bedeutung:

Im Berichtszeitraum wurden nach **Fertigstellung der linksrheinischen Autobahn A 61** zum Jahresende 1975 weitere für die großräumige Anbindung des Landes an das europäische Fernwegenetz bedeutsame Projekte vorangetrieben. Hier sind vor allem die begonnenen **Baumaßnahmen im Zuge der A 60** (Lüttich/Wittlich/Rhein-Main-Gebiet), der **A 63** (Mainz/Alzey/Kaiserslautern) und der **A 8** (Saarbrücken/Pirmasens/Karlsruhe) sowie der eingeleitete **Ausbau der Saar** zur Großschiffahrtsstraße zu nennen. Diese Maßnahmen dienen zugleich auch dazu, die Erreichbarkeit strukturschwacher Landesteile wie der Regionen Trier und Westpfalz zu verbessern.

Verbesserung der Erreichbarkeit

¹⁾ vgl. Tab. 21 im Anhang

Investitionen in der Wasserwirtschaft Zum Ausbau und zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung wurden im Berichtszeitraum rd. 264 Mio DM aufgewendet. Davon entfielen auf den ländlichen Raum rd. 170 Mio DM und auf die städtischen Bereiche rd. 94 Mio DM.

Die hohen Investitionen für Abwassermaßnahmen – rd. 560 Mio DM im Berichtszeitraum – verdeutlichen den hohen Stellenwert, der den Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltbedingungen in der Gesamtkonzeption der Landesregierung für die Landesentwicklung zukommt.

Zentralörtliche Infrastruktur Der Ausbau der zentralen Orte als Konzentrationspunkte der öffentlichen und privaten Infrastruktur wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt. In den drei wichtigen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge – **Bildung, Gesundheitswesen und Sport** – konnte die Ausstattung z.T. wesentlich verbessert werden:

- Es wurden in den Jahren 1975 und 1976 356 Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen mit Hilfe von Landeszuwendungen neu erstellt.
- Die Verbesserung in der Ausstattung und Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser und die damit im Zusammenhang stehende Konzentration bei einigen Fachabteilungen wurden fortgesetzt. Es werden mehr Betten in weniger Krankenhäusern vorgehalten. Die Oberzentren sind die Hauptschwerpunkte für das Krankenhauswesen.
- Der Ausbau der Grund- und Hauptschulen, der Realschulen sowie der Gymnasien in Anlehnung an das System der zentralen Orte ist durch den Einsatz erheblicher Finanzmittel organisatorisch und bautechnisch weitgehend bewältigt. Schwerpunkte der Schulbauförderung lagen in den Bereichen berufsbildende Schulen und Sonderschulen.

Fazit Insgesamt zeigt dieser Raumordnungsbericht, daß die Lebensverhältnisse in den einzelnen Landesteilen trotz der erschwerenden äußeren Rahmenbedingungen weiter verbessert werden konnten. Der Ausbau der Infrastruktur im Rahmen der Gesamtkonzeption der Landesregierung für die Landesentwicklung hatte daran besonderen Anteil. Die Maßnahmenbündel waren auf die spezifischen Probleme und Bedürfnisse der unterschiedlich strukturierten Teilräume des Landes zugeschnitten.

So standen im ländlichen Raum Maßnahmen zur Entwicklung und Strukturverbesserung im Vordergrund, in den verdichteten, städtischen Bereichen kam der Bedarfsdeckung und der Umweltverbesserung besondere Bedeutung zu.